

IHKLW Politiknews

20. AUSGABE WINTER 2025/26

Positionen

Wehrdienst-
modernisierungsgesetz
SEITE — 03

Nachgefragt

zu Staatsmodernisierung
& Bürokratieabbau
SEITE — 05

Regionale Einblicke

Fachkräftemonitor
Niedersachsen
SEITE — 07

REGIONALE WIRTSCHAFT WÜNSCHT SICH AUFBRUCH STATT STILLSTAND

Mehr Strukturreformen wagen und Resilienz stärken

Unsere IHKLW fordert mutige Reformen für mehr Wachstum, Investitionen und Innovationen, denn die regionale Konjunktur steckt im Dauertief fest. Die Ursachen für die Flaute sind bekannt: Hohe Energie- und Rohstoffpreise, steigende Arbeitskosten, wachsende Steuerlasten und Zinsbelastungen. Fachkräftemangel, Transformationsdruck, überbordende Bürokratie und globale Unsicherheiten verschärfen die Lage. Infolge der schwachen Konjunkturlage tritt die regionale Wirtschaft bei ihren Beschäftigungsplanungen auf die Bremse. 21 Prozent der Unternehmen rechnen damit, Personal reduzieren zu müssen. Nicht einmal jeder zehnte Betrieb plant, Personal aufzubauen. Gleichzeitig bleibt der Arbeitskräftemangel bestehen. So berichten 38 Prozent von offenen Stellen und 57 Prozent können auch langfristig offene Stellen nicht besetzen, weil sie keine passenden Mitarbeitenden finden. Auch die Investitionsbereitschaft ist der aktuellen Umfrage zufolge weiter gesunken. 31 Prozent der Betriebe wollen ihre Budgets kürzen, nur 25 Prozent planen Ausweitungen. Die meisten investieren in Ersatzbedarf und Rationalisierung statt in Innovation und Zukunftstechnologie.

Angeichts der US-Zollpolitik, der Unterbrechung internationaler Lieferketten und zunehmender globaler Spannungen gewinnt die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes an Bedeutung. Er kann auch für unsere Region ein Stabilitätsanker sein und Resilienz stärken, wenn die noch vorhandenen Handelshemmnisse konsequent abgebaut werden. Die Vereinheitlichung bei Verpackungen, digitalisierte Entsendemeldungen, vereinfachte Produktregistrierungen und koordinierte Standards – das sind echte Hebel für Effizienz. Die EU-Kommission rechnet mit einer möglichen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von drei bis vier Prozent, Deloitte sieht sogar Potenzial zur Verdoppelung der EU-weiten Absätze deutscher Industriebetriebe.

**Zu den
IHK-Konjunkturberichten:**



Liebe Leserinnen, liebe Leser,



die Welt drehte sich in 2025 rasend schnell. Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen für Unternehmen oftmals die gleichen und dabei eigentlich erstaunlich banal: Bürokratie, Energie, Fachkräfte und Infrastruktur lauten die wichtigsten Handlungsfelder.

Politisch und konjunkturell sind wir nach einem kurzen Hoffnungsschimmer Anfang des Jahres mit einem ambitionierten Koalitionsvertrag von Union und SPD nun nach dem verpassten „Herbst der Reform“ endgültig im Winter angekommen. Die Geschäftserwartungen und Investitionsabsichten der Unternehmen sind nicht gut. Wer mag es Ihnen derzeit verdenken?

Und gleichzeitig besteht gerade im Norden unseres IHK-Bezirktes ein wachsender Mangel an Gewerbeflächen für die Unternehmen, die am Standort investieren können und wollen. Das zeigt das neue Gewerbeflächenmonitoring der Metropolregion Hamburg. Ohne ausreichend Gewerbeflächen gibt es jedoch keine Entwicklung von Bestandsunternehmen und keine Ansiedlung von neuen Unternehmen.

Ich frage mich: Kann das neue Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung bei der Beschleunigung von Anträgen und Verfahren helfen? Die „Modernisierungsagenda“ gibt einen ersten Ausblick, was geplant ist.

Doch neben dem Reformdruck im Inland schauen wir auch auf die Bedrohungen von außen. Als Wirtschaft wollen wir einen Beitrag zu unserer Verteidigungsfähigkeit leisten und begleiten den neuen Wehrdienst konstruktiv – auch, wenn wir die jungen Menschen eigentlich in unseren Unternehmen bräuchten.

Ein Hoffnungsschimmer ist der Tourismus, der in unserer Region kontinuierlich wächst. Besonders gut gefällt mir daran: Jedes touristische Angebot ist auch eines für die Bürger unserer Region. Also, ein echter Synergieeffekt!


Aline Henke

Aline Henke ist Geschäftsführerin der hankensbütteler kunststoffverarbeitung GmbH & Co.KG und Vizepräsidentin unserer IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW).

„Bürokratie, Energie, Fachkräfte und Infrastruktur lauten die wichtigsten Handlungsfelder.“



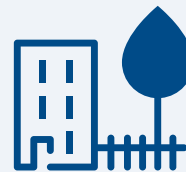
IHKLW-Podcast Moin Wirtschaft

Im IHKLW-Podcast Moin Wirtschaft spricht IHKLW-Präsident Andreas Kirschenmann mit Gästen aus Wirtschaft, Politik und Forschung über Themen, die unsere Region bewegen. Substanziell. Direkt. Für alle, die Wirtschaft gestalten wollen.

Jetzt Reinhören: www.ihk.de/ihklw/moin-wirtschaft



POSITIONEN



Wirtschaft braucht Gewerbeflächen

Gewerbeflächen sind eine zentrale Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, Unternehmensansiedlungen und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Im Bezirk der IHK Lüneburg-Wolfburg zeigt sich zunehmend ein Mangel an geeigneten Flächen für Gewerbe und Industrie.

Gewerbeflächenmonitoring MRH – Positionen der IHKLW

Hohe Nachfrage, geringes Angebot:

- Süderelbe-Landkreise Harburg, Lüneburg und Uelzen: Nachfrage übersteigt in vielen Teilregionen das Angebot deutlich.
- Sofort verfügbare Flächen 2023: Harburg 8,9 ha, Lüneburg 9,3 ha, Uelzen 24,1 ha.
- Regionalvergleich: Werte deutlich zu niedrig, Reserven sehr begrenzt.

Unternehmenssicht:

- 68 % der Unternehmen unzufrieden mit dem Flächenangebot.
- 73 % bewerten Verfügbarkeit als wichtig bis sehr wichtig.
- Engpässe besonders entlang der Achse Hamburg–Harburg–Lüneburg.
- Sofort verfügbare Flächen meist klein und schnell vergeben → Problem für Mittelstand und Handwerk.

Forderungen der IHKLW und WLH:

- Vorausschauende Flächenpolitik durch Kommunen.
- Sicherung von Vorratsflächen.
- Aktivierung von Brach- und Konversionsflächen.
- Ausbau interkommunaler Kooperationen zur Flächenbereitstellung.
- Effiziente Nutzung vorhandener Flächen.
- Investitionen in moderne Infrastruktur.
- Nachhaltige Planung zur langfristigen Standortentwicklung.

Ziel:

- Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region.
- Vermeidung von Standortnachteilen durch fehlende Flächenressourcen.

Zum Gewerbeflächenmonitoring:



Wehrdienst-Modernisierungsgesetz

Die DIHK reichte eine Stellungnahme zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WModG) ein, an der sich auch die IHKLW beteiligte, um Auswirkungen auf die Ausbildungsplanung zu adressieren.

Grundsätzlich:

- DIHK erkennt die Notwendigkeit des Wehrdienstes angesichts der Sicherheitslage in Europa an.
- Wehrdienst hat jedoch Auswirkungen auf Ausbildungs- und Fachkräftemarkt.

Kritikpunkte / Verbesserungsvorschläge:

- Unklare Zeitpläne für Musterung und Einberufung → erschweren Unternehmensplanung.
- Berufliche Qualifikationen: Generelle Möglichkeit begrüßt, aber ausbaufähig.
- Vorschlag: Förderung von Fahrerlaubnissen der Klassen C, D, T erweitern.

- Auszubildende: Fehlende Regelungen für Personen in Aus- und Weiterbildung.
- Forderung: Auszubildende während Wehrdienst explizit vom Dienst ausnehmen, um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden.
- Unabkömmlichkeitserklärungen: Prozess unklar, Zuständigkeiten nicht transparent.
- IHKs sollen als Partner der Karrierecenter eingebunden werden.

Zeitplan:

- Neuer Wehrdienst soll ab 1. Januar 2026 starten.
- Bundestagsbeschluss voraussichtlich Anfang Dezember 2025.

Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung:

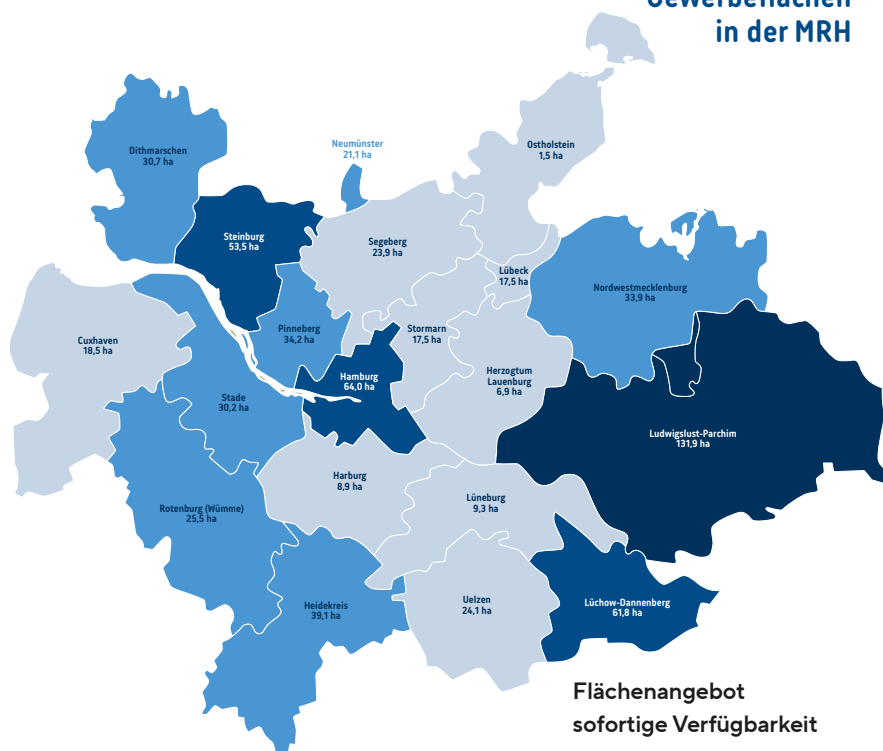


Gewerbeflächenmonitoring

Das aktuelle Gewerbeflächenmonitoring der Metropolregion Hamburg (MRH) verdeutlicht die Dringlichkeit: Insbesondere in den Süderelbe-Landkreisen Harburg, Lüneburg und Uelzen übersteigt die Nachfrage in vielen Teilregionen das Angebot deutlich. Die sofortige Verfügbarkeit von Gewerbeflächen in 2023 ist in den 3 Landkreisen (Harburg 8,9 ha, Lüneburg 9,3 ha, Uelzen 24,1 ha) nicht nur absolut zu gering, sondern vor allem auch im regionalen Vergleich deutlich zu niedrig.

Zum Gewerbeflächenmonitoring:

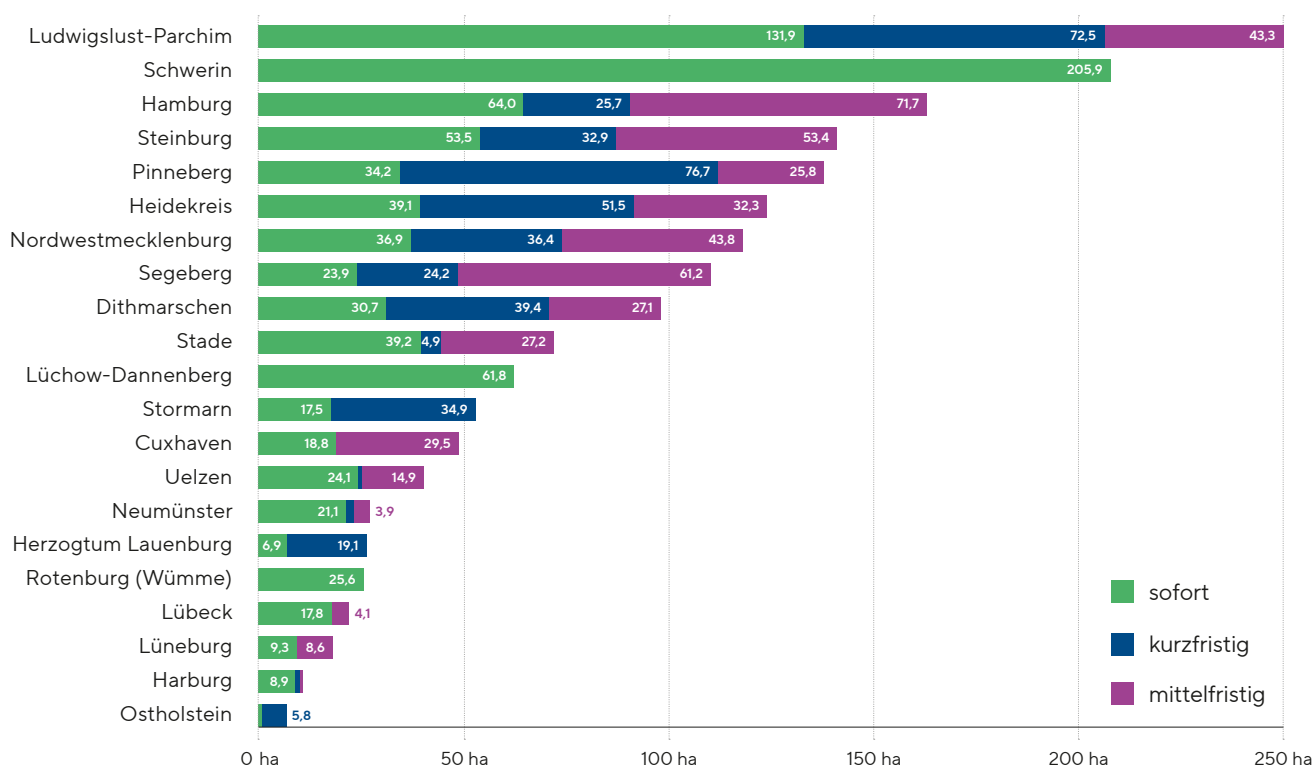
Sofort verfügbare
Gewerbeflächen
in der MRH



Flächenangebot
sofortige Verfügbarkeit

- > 0,0 ha
- > 25,0 ha
- > 50,0 ha
- > 100,0 ha

Verfügbarkeit des Flächenangebots 2023 in ha



INTERVIEW

Nachgefragt

zur Staatsmodernisierung & Bürokratieabbau in Deutschland



Die Bundesregierung plant umfassende Maßnahmen zur Staatsmodernisierung. Warum ist das aus Sicht der Wirtschaft so wichtig?

Deutschland braucht einen Staat, der handlungsfähig, effizient und digital gut aufgestellt ist. Lange Genehmigungswege, komplizierte Verfahren und überbordende Bürokratie bremsen Investitionen, Unternehmenswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit. Modernisierung heißt, Abläufe zu verschlanken, digitale Verfahren zu nutzen und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Welche zentralen Maßnahmen stehen dabei im Vordergrund?

Es gibt mehrere Schwerpunkte:

- **Bürokratieabbau:** Übererfüllungen bei EU-Recht sollen reduziert werden, unnötige Dokumentationspflichten fallen weg.
- **Genehmigungsfiktionen:** Wenn eine Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist reagiert, gilt die Genehmigung automatisch.
- **Digitale Verwaltung:** „One-Stop-Government“ und End-to-End-Digitalisierung ermöglichen, dass Unternehmen Behördengänge online erledigen können.
- **Verfahrensvereinfachungen:** Planung, Genehmigungen und Vergaben werden beschleunigt, insbesondere bei Infrastrukturprojekten.

Wie profitieren Unternehmen konkret von diesen Maßnahmen?

Unternehmen sparen Zeit und Kosten. Mittelständische Betriebe haben oft Schwierigkeiten, passende Flächen oder Genehmigungen zu bekommen – digitale Verfahren und automatisierte Genehmigungen erleichtern den Zugang.

Außerdem steigt die Planungssicherheit, weil Verfahren transparenter und verbindlicher werden.

Wo sehen Sie noch Herausforderungen?

Zwei Punkte sind kritisch: Erstens dauern manche Umsetzungsfristen bis 2026–2029 – das ist zu lang, um aktuelle Wettbewerbsprobleme sofort zu lösen. Zweitens hängt vieles von der föderalen Zusammenarbeit ab. Ohne Abstimmung zwischen Bund und Ländern besteht das Risiko, dass Initiativen verzögert oder verwässert werden. Und natürlich muss der öffentliche Dienst personell und digital fit sein, sonst verpufft die Wirkung.

Was müsste aus Ihrer Sicht noch stärker berücksichtigt werden?

Der Fokus muss auf praxisnahen Lösungen liegen. Das heißt, Bürokratieabbau darf nicht nur auf dem Papier passieren – Prozesse müssen tatsächlich vereinfacht werden. Außerdem sollten digitale Standards einheitlich sein und die Mitarbeitenden in der Verwaltung entsprechend geschult werden. Nur so entsteht ein moderner, leistungsfähiger Staat, der Bürgerinnen, Unternehmen und Verwaltung gleichermaßen entlastet.

Zusammenfassend: Was ist das Ziel der Staatsmodernisierung?

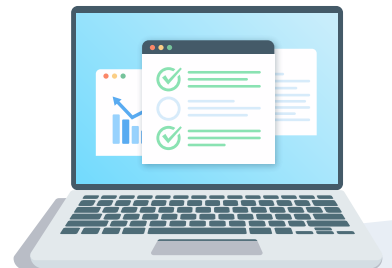
Ein Staat, der effizient, digital, transparent und serviceorientiert arbeitet – der Unternehmen Planungssicherheit bietet, Bürokratie abbaut und gleichzeitig Vertrauen in Verwaltung und Rechtssicherheit schafft. Nur so kann Deutschland langfristig Wohlstand, Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern.

Die Maßnahmen zur Staatsmodernisierung finden Sie hier:



Medina Gaidus
Beraterin Bürokratieabbau
und Rechtspolitik

KONTAKT
Telefon: 04131 742-147
medina.gaidus@ihklw.de



„Das Ziel ist ein Staat, der effizient, digital, transparent und serviceorientiert arbeitet.“

AKTUELLES

Übertragungsnetzentgelte/ Stromsteuer

Die IHKLW begrüßt ausdrücklich den geplanten Bundeszuschuss von 6,5 Milliarden Euro zu den Übertragungsnetzentgelten 2026 aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF). Damit schließt sie sich der DIHK an: Die Maßnahme ist ein wichtiger Schritt, um die Belastungen durch steigende Netzentgelte abzufedern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland kurzfristig zu stabilisieren.

Die hohen Netzkosten sind seit Jahren ein strukturelles Problem und machen rund 30 % der Stromkosten aus – eine erhebliche Belastung für energieintensive wie auch mittelständische Betriebe. Der Bundeszuschuss verhindert nicht nur eine akute Kostensteigerung, sondern sendet das Signal, dass der Staat die Dringlichkeit bezahlbarer Energiekosten erkennt.

Klar ist jedoch: Der Zuschuss kann nur ein erster Schritt sein. Notwendig sind strukturelle Reformen, um den Anstieg der Netzentgelte dauerhaft zu bremsen – etwa durch effizientere Regulierung, faire Kostenverteilung und eine Deckelung der Entgelte, wie im Koalitionsvertrag angekündigt.

Unternehmen in der IHKLW-Region brauchen Planungssicherheit und bezahlbare Energie. Neben der Entlastung bei den Netzentgelten muss die gesamte Wirtschaft von niedrigeren Strompreisen profitieren. Die Senkung der Stromsteuer nur für das produzierende Gewerbe und der Forstwirtschaft greift zu kurz. Auch Handel, Dienstleistungen, Tourismus und Handwerk leiden unter hohen Stromkosten. Die IHKLW fordert daher, die Stromsteuer für alle Unternehmen auf das europäische Mindestmaß zu senken – ein wichtiger Beitrag zu stabilen Kosten und wirtschaftlicher Balance in der Region.



TOURISMUS ALS LEITÖKONOMIE

Wirtschaftsfaktor mit Zukunft

Der Tourismus ist ein zentraler Wirtschaftszweig in Niedersachsen – und weit mehr als ein Freizeitphänomen. Mit über 45 Millionen Übernachtungen jährlich und rund 330.000 direkt und indirekt gesicherten Arbeitsplätzen trägt die Branche maßgeblich zur wirtschaftlichen Stabilität des Landes bei, insbesondere in den ländlichen Regionen.

Beim 21. Tourismustag Niedersachsen am 28. und 29.10.2025, organisiert von der IHK Niedersachsen, betonte Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne, dass der Tourismus eine der Leitökonomien des Landes sei. Damit unterstrich er, was die IHK Niedersachsen in ihrem neuen tourismuspolitischen Positionspapier fordert: Der Tourismus müsse auch in der politischen Praxis als tragende und strukturprägende Branche anerkannt und gestärkt werden.

Die IHK Niedersachsen macht deutlich, dass der Tourismus eine klare politische Strategie, weniger Bürokratie, nachhaltige Investitionen in Infrastruktur und Fachkräftesicherung sowie eine verlässliche Finanzierung auf kommunaler Ebene braucht. Nur so könne die Branche ihre volle Wirkung entfalten – als Wirtschaftsmotor, Lebensqualitätsgarant und Standortfaktor.

„Tourismus ist kein ‚nice to have‘, sondern ein bedeutender Wirtschaftsfaktor“, heißt es im Positionspapier. Gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft gelte es nun, die Weichen zu stellen, damit Niedersachsen auch künftig zu den attraktivsten Reisezielen Deutschlands zählt.

[Link zu weiteren Infos:](#)



AKTUELLES

Fachkräftemonitor Niedersachsen

Der neue Fachkräftemonitor der IHKLW liefert eine umfassende Analyse zu Ausbildung, Qualifikation, Altersstruktur, Branchenentwicklung und Standortbedingungen. Die Daten zeigen ein zentrales Problem: In den Landkreisen des Kammerbezirkes werden in den nächsten Jahren mehrere 10 000 Arbeitskräfte fehlen. Betriebe suchen Personal, finden jedoch nur wenige Bewerber. Die Folge sind Engpässe, die Wachstum und Innovation bremsen.

Gleichzeitig wird deutlich, wie stark sich die Lage in den einzelnen Kreisen unterscheidet. Die regionalen Daten zeigen, welche Themen vor Ort im Mittelpunkt stehen.

Der Landkreis Harburg wächst als Wirtschaftsraum im Umfeld Hamburgs, steht jedoch unter Druck durch Verkehr, Wohnraumangel und begrenzte Betreuung. Erforderlich sind familienfreundliche Angebote, flexible Arbeitsmodelle und eine engere Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben.

Im Landkreis Heidekreis stützt eine junge Bevölkerung die Fachkräftebasis. Unternehmen und Kommunen sollten Fachkräfteentwicklung strategisch verankern, digitale Kompetenzen stärken und verlässliche Kooperationen mit Berufsschulen und regionalen Partnern nutzen.

Der Landkreis Lüneburg profitiert von der Leuphana Universität, steht aber vor Engpässen bei Mobilität und Wohnraum. Nötig sind enge Hochschulkooperationen, Maßnahmen zur Fachkräftebindung und ein Ausbau hochwertiger Kinderbetreuung.

Der Landkreis Uelzen weist den höchsten Anteil beruflich Qualifizierter im Gebiet auf. Priorität haben Weiterbildung und Mitarbeiterbindung. Kommunen können mit familienfreundlichen Strukturen und attraktiven Freizeitangeboten unterstützen.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg verfügt über viele qualifizierte Kräfte, ist jedoch stark vom demografischen Rückgang betroffen. Wichtig ist die Gewinnung junger Fachkräfte, Willkommensangebote und zusätzliche Qualifizierungen.

Der Landkreis Celle zeigt eine stabile Beschäftigungsbasis und viele dual Ausgebildete. Um demografische Lücken zu schließen, sollten Weiterbildung, Nachqualifizierung und die Förderung von MINT-Nachwuchs ausgebaut werden.



Der Landkreis Gifhorn besitzt eine sehr niedrige Arbeitslosenquote und eine starke Industrie. Handlungsbedarf besteht bei digitaler Infrastruktur und Mobilität. Chancen liegen in digitalen Lernangeboten, Technologietransfer und Bildungsnetzwerken.

Die Stadt Wolfsburg bleibt industrieller Kern der Region. Der Wandel der Automobilwirtschaft steigert den Bedarf an IT, Ingenieurwesen, Elektronik und Produktion. Qualifizierungen und eine engere Zusammenarbeit mit Hochschulen und Berufsschulen sind zentrale Hebel.

Der Fachkräftemonitor zeigt: Jede Region hat eigene Herausforderungen und Chancen. Die differenzierten Daten schaffen eine Grundlage für wirksame Maßnahmen. Die IHKLW begleitet Betriebe, Schulen und Verwaltungen als verlässlicher Partner bei Ausbildung, Qualifizierung und der Entwicklung von Fachkräften für eine starke Wirtschaft in Niedersachsen.

**Den gesamten Monitor
finden Sie unter:**



IHKLW im Dialog

MEHR INFOS UND
TERMINE UNTER
ihklw.de

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

26. Januar 2026

Sicherheit in der Lüneburger Innenstadt

18. Februar 2026

Regionale Tourismuskonferenz
mit Dr. Corneli Babendererde MdB

Bei Interesse schreiben Sie uns:
interessen-buendeln@ihklw.de

IHKLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten,
abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:

Impressum | Leserservice

IHKLW-Politiknews

Der Newsletter für Politik
und Verwaltung

20. Ausgabe Winter 2025/26

Abo bestellen

ihk-lueneburg.de/abo
> IHKLW-Politiknews

Herausgeber

IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon 04131 742-0
E-Mail politiknews@ihklw.de

Verantwortlich

Inhaltlich Verantwortlicher für
redaktionelle Inhalte gemäß
§ 55 Abs. 2 RStV:
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

Redaktion

Medina Gaidus
medina.gaidus@ihklw.de
Telefon 04131 742-147
E-Mail politiknews@ihklw.de



© ThomBal - shutterstock.com

DIE GUTE NACHRICHT

Niedersachsen kommt voran beim Breitbandausbau

Schnelles Internet ist ein Standortfaktor. Niedersachsen ist hierbei in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Nach neuesten Angaben des Breitbandzentrums Niedersachsen-Bremen verfügen 71,2 % aller Adressen heute über einen Internetanschluss mit mindestens 1 Gbit/s. Nach Abschluss der aktuell laufenden Ausbauprojekte sind es 90,4 % aller Adressen. 49,2 % verfügen heute bereits über einen Glasfaseranschluss, der noch deutlich höhere Geschwindigkeiten als 1 Gbit/s ermöglicht. Am Ende der derzeit laufenden Ausbauprojekte werden 83 % aller Adressen über einen Glasfaseranschluss verfügen.

IHKLW Politiknews



Besuchen Sie uns:
facebook.com/ihklw
linkedin.com/company/ihk-lueneburg

